

07.03.2024

# **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Schule und Bildung**

zu dem Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/6385 (Neudruck)

**Lehrkraft-Sein ist mehr als Unterricht: Die Landesregierung muss das Potential eines  
Arbeitszeitmodells für Lehrkräfte in NRW nutzen**

**Berichterstatter**

Abgeordneter Florian Braun

## **Beschlussempfehlung**

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 18/6385 (Neudruck) - wird abgelehnt.



**A Allgemeines**

Der Antrag der Fraktion der SPD „Lehrkraft-Sein ist mehr als Unterricht: Die Landesregierung muss das Potential eines Arbeitszeitmodells für Lehrkräfte in NRW nutzen“ (Drucksache 18/6385, Neudruck) wurde am 25. Oktober 2023 vom Plenum an den Ausschuss für Schule und Bildung zur alleinigen Beratung überwiesen.

Die antragstellende Fraktion führt aus, dass nach wie vor ein erheblicher Lehrkräftemangel in NRW herrsche und die Anforderungen an Lehrkräfte in den letzten Jahren stetig gestiegen seien. So würden die Lehrkräfte dadurch unter enormen Belastungszuständen leiden und viele Lehrkräfte ihre Arbeitsstunden reduzieren. Das momentane Deputatsmodell berücksichtige nur die zu unterrichtenden Stunden und pauschalisierte Werte für weitere Tätigkeiten und verkenne damit die tägliche Arbeitsrealität der Lehrkräfte in NRW

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, gemeinsam mit den Gewerkschaften, Personalräten und den Lehrkräfteverbänden ein gerechtes, zeitgemäßes und vergleichbares Arbeitszeitmodell für Lehrkräfte in NRW zu entwickeln, das den tatsächlichen Arbeitsrealitäten in den Schulen in NRW gerecht wird. Hierbei sollten dann wie beispielsweise beim Hamburger Arbeitszeitmodell sowohl unterrichtsbezogene als auch außerunterrichtliche und funktionsbezogene Aufgaben von Lehrkräften Berücksichtigung finden. In einem gemeinsamen Dialog mit den Gewerkschaften, Personalräten und den Lehrkräfteverbänden wird die Landesregierung zudem aufgefordert weitere Lösungsvorschläge zur Attraktivierung des Arbeitsplatz Schule, insbesondere für Teilzeit-Lehrkräfte, in NRW zu erarbeiten.

Der Ausschuss für Schule und Bildung hat am 23. Januar 2024 eine Anhörung zu diesem Antrag durchgeführt.

Zur Anhörung des Antrags lagen folgende Stellungnahmen vor:

Urheber/in	Stellungnahme
GEW NRW Landesvorsitzende Ayla Çelik Essen	<p style="text-align: center;"><b>18/1205</b></p>
Mark Rackles Consulting Mark Rackles Staatssekretär a.D. Berlin	<p style="text-align: center;"><b>18/1194</b></p>
VBE Landesverband NRW e. V. Vorsitzender Stefan Behlau Dortmund	<p style="text-align: center;"><b>18/1193</b></p>
Lehrer NRW Vorsitzender Sven Christoffer Linnich	<p style="text-align: center;"><b>18/1183</b></p>

Urheber/in	Stellungnahme
Philologen-Verband NRW Landesvorsitzende Sabine Mistler Düsseldorf	<b>18/1178</b>
Netzwerk Fachleiterinnen und Fachleiter NRW Wiebke Meyer Lünen	<b>18/1196</b>
VLBS Vorsitzender Michael Suermann Düsseldorf	<b>18/1191</b>
Martin Sina, OStD Rheinische Direktorenvereinigung (Vorsitzender) Abtei-Gymnasium Brauweiler Pulheim	<b>18/1199</b>

Das Wortprotokoll der Anhörung vom 23. Januar 2024 liegt als Ausschussprotokoll APr 18/479 vor.

Eine Auswertung der Anhörung erfolgte in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 6. März 2024, die abschließende Beratung und Abstimmung am selben Tage.

Die Fraktion der SPD betonte, dass die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte enorm gestiegen sei und u.a. die permanente Erreichbarkeit hohe Krankheitsstände erzeuge. Es werde daher eindringlich für Zustimmung zum vorliegenden Antrag geworben.

Die Fraktion der CDU erklärte, dass der Fokus der Lehrkräfte klar auf dem Unterricht liegen müsse. Zudem sei es auch wichtig, an die Verantwortung der Eltern zu appellieren. Man werde deshalb prüfen, welche Maßnahmen wirklich zur Verbesserung der Situation der Lehrkräfte führen könne. Den Antrag werde man ablehnen.

Die Fraktion der AfD teilte mit, dass auch die Vorgängerregierung die Belastung der Lehrkräfte erhöht habe und nicht nur die derzeitige Regierung. Man werde daher den Antrag ablehnen.

Die Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte, dass das im Antrag angepriesene Hamburger-Arbeitszeitmodell von einigen Sachverständigen abgelehnt werde und daher nicht zielführend sei. Man werde ebenfalls den Antrag ablehnen.

Die Fraktion der FDP hob hervor, dass niemand die Landesregierung hindere die Situation der Lehrkräfte schon jetzt zu bessern. Dies müsse schneller gehen. Man werde sich bei dem vorliegenden Antrag aber enthalten.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll APr 18/513 verwiesen.

Über den Antrag, Drucksache 18/6385 (Neudruck), wurde im federführenden Ausschuss für Schule und Bildung am 6. März 2024 abgestimmt.

Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Florian Braun  
Vorsitz